

Zu den  
wirtschaftspolitischen  
Anforderungen  
an die zukünftige  
Bundesregierung

## Chancen aus der Krise

Karl-Theodor zu Guttenberg

Alle Träume von Hochkonjunktur bleiben in diesem Sommer fern jeder Wirklichkeit, denn Deutschlands Wirtschaft erlebt die schwerste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg. Doch eines könnte konjunkturelle Höhen für sich beanspruchen: die Debatte über Werte, genauer über die Grundlagen unseres Wirtschaftslebens.

Diese Diskussion wird in diesen Wochen und Tagen mit einer erfrischenden Heftigkeit geführt, wenn auch nicht immer mit der erwünschten Substanz. Jedenfalls steckt insoweit eine Chance in der Krise, als sie überhaupt Gelegenheit zu einer Wertedebatte gibt und damit über das kurzfristige Krisenmanagement hinausgeht, das notwendig, aber nicht ausreichend ist, um die schwierige Lage zu bewältigen. Die Kernfrage lautet, wie Deutschland gestärkt aus dieser Krise hervorgehen könnte. Was dieses Ziel anbelangt, so mag man Einigkeit erkennen, nicht jedoch über den Weg dorthin.

Für die Unionsparteien steht die Soziale Marktwirtschaft im Mittelpunkt aller Lösungen. Allein diese Wirtschaftsordnung verbindet Marktfreiheit mit Verantwortung. Dieser Zweiklang verleiht dem System jetzt eine attraktive Aktualität. Einst in der Nachkriegszeit als Antwort auf die scharfen Formen des Kapitalismus einerseits und den rigiden Staatssozialismus im ehemaligen Ostblock andererseits verstanden, erweist sich die Soziale Marktwirtschaft erneut als wegweisendes System, denn es ermöglicht die Aufhebung von Markt und Staat in

einem Modell des permanenten Ausgleichs.

Diese Berufung auf die Soziale Marktwirtschaft fällt leicht und schwer zugleich. Leicht fällt sie, weil allzu viele dieses Modell für sich vereinnahmen und jeder, der sich auf die Soziale Marktwirtschaft beruft, als Teil eines gewaltigen und sehr gemischten Chors auftritt. Doch für etliche Stimmen in diesem Chor ist das Ordnungsmodell Ludwig Erhards zu einem leeren Begriff geworden. Oft wird es als unverbindliches Postulat propagiert, die Inhalte interessieren nur wenige. So kommt es, dass sich sogar Vertreter der Linkspartei auf die Soziale Marktwirtschaft berufen – ganz so, als stünden ihre Konzepte nicht im offenen Widerspruch zu den Grundgedanken der Marktfreiheit.

Schwer fällt die Berufung auf die Soziale Marktwirtschaft, als es nicht nur darum gehen kann, offensiv für unsere Wirtschaftsordnung zu werben, sondern sie auch im politischen Alltag zu leben. Statt nur im Chor müssen wir ein kräftiges Solo für die Soziale Marktwirtschaft singen.

Dabei haben wir die Erfahrung der Geschichte auf unserer Seite. Schon der Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken, stellte fest, dass zwar „jede Umgestaltung der Wirtschaftsordnung [...] eine Veränderung des Wirtschaftsprozesses bewirke“, umgekehrt aber nicht jede Veränderung des Wirtschaftsprozesses auch die Ordnung umgestalte. Für diese These gibt es eine Vielzahl von empirischen Belegen: Die Ent-

scheidung für die Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung hat zum Beispiel in den Ländern des ehemaligen Ostblocks nach 1990 eine große wirtschaftliche Dynamik ausgelöst. Auf der anderen Seite konnten weder die große Depression 1929 bis 1932 in den USA noch alle konjunkturellen und strukturellen Widrigkeiten seither der marktwirtschaftlichen Ordnung im Kern etwas anhaben.

In Deutschland bildet seit nunmehr sechs Jahrzehnten die Soziale Marktwirtschaft die Grundlage für unsere Volkswirtschaft. Der schwierige Aufbau in der Nachkriegszeit und die Bewältigung der Ölkrise – diese Erfolge waren nur mit Bezugnahme auf die Fundamente der Sozialen Marktwirtschaft möglich. Seit zwei Jahrzehnten bewährt sich unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung erfolgreich auch in den neuen Bundesländern. Diese Rückschau kann uns die Hoffnung geben, dass die Soziale Marktwirtschaft auch die jetzigen Herausforderungen bestehen wird.

Von selbst wird sich der Erfolg freilich nicht einstellen. Die Soziale Marktwirtschaft kann nur dann ihre Vorteile ausspielen, wenn wir ihr mit ihren Wertegrundlagen Geltung verschaffen. Da ist erstens der Wettbewerb zu nennen. Er muss wie ein Motor das Wirtschaftsleben antreiben, es mit Energie und den nötigen Impulsen versorgen. „So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig“ – diesem zugegebenermaßen alles andere als neuen Grundsatz gilt es zunächst, im nationalen Rahmen Geltung zu verschaffen. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer, auch nicht in der Krise.

Gewiss müssen wir jenen Unternehmen helfen, die durch die Krise – und nur durch die Krise – in Gefahr geraten sind. Der Staat hilft dort, wo der Markt versagt. Stets wird das Engagement eines privaten Investors verlangt, denn es stellt den notwendigen Indikator für die Markttauglichkeit und damit die Zukunftsfähigkeit

eines Unternehmenskonzepts dar. Bei jedem staatlichen Eingreifen gilt es zudem, eine klare „Exit-Strategie“ festzulegen. Das staatliche Engagement muss endlich sein.

So gelten, wo immer der Staat hilft, dieselben Regeln. Wir unterscheiden nicht zwischen Groß und Klein, zwischen den Unternehmen, die laut rufen, und denen, die sich nicht in die Schlagzeilen drängen. Nur so erhalten unsere Maßnahmen die nötige Legitimität und das notwendige Vertrauen. Der Staat darf nicht jene ermutigen, die die Krise ausnutzen, um sich vor dem nötigen Strukturwandel zu drücken – und er darf jene nicht entmutigen, die durch Risiken und neue Ideen den Wettbewerb am Laufen halten und so für neuen Wohlstand in der Gesellschaft sorgen.

Greift der Staat zu stark in das Wirtschaftsleben ein, so schwächt er sich letztlich selbst. Der Vordenker der Freiburger Schule, Walter Eucken, hat die Dialektik des Staates, der überall eingreift, mit den Worten kritisiert: „Die Zunahme der Staatstätigkeit nach Umfang und Art verschleiert den Verlust der Autorität des Staates.“ Nur wenn er sich auf seine Kernaufgaben beschränkt und sich nicht im Übermaß ins Wirtschaftsleben einmischt, bleibt er stark, „ein Staat oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessenten, da, wo er hingehört“, um den Ökonomen Alexander Rüstow zu zitieren. Und ein solcher starker Staat kann auch „Nein“ sagen.

Zu den wichtigen Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft zählt weiter die unternehmerische Verantwortung. Wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen: Dieser einfache Gedanke ist in der Vergangenheit vielfach in Vergessenheit geraten, auch deshalb kam es zur Krise. So sind Risiken mehrfach verbrieft worden – am Ende waren die Sicherheiten nicht mehr nachvollziehbar. Viele Geldgeber wussten nicht, in was sie am Ende investierten. Der wichtige Zusammen-

hang von Nutzen und Schaden, von Risiko und Haftung muss also wiederhergestellt werden.

Dieser Leitgedanke gilt für die Bundesregierung konkret beim Thema „Bad Bank“. Primäres Ziel der Bundesregierung ist es, die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte und damit die Kreditversorgung der Unternehmen so schnell wie möglich wiederherzustellen. Denn die Finanzmärkte bilden so etwas wie den Blutkreislauf der Volkswirtschaft – hier dürfen die Arterien nicht verstopfen. Sonst erhalten die Unternehmen kein Kapital mehr; in der Folge können sie nicht die nötigen Investitionen tätigen, die sie brauchen, um in Zukunft im Wettbewerb mithalten zu können. Deshalb hat die Bundesregierung im Herbst 2008 den Finanzmarktstabilisierungsfonds geschaffen und auch beim Thema „Bad Bank“ gehandelt. Dabei brauchen wir aber eine verursachergerechte Verlustverteilung. Die Eigentümer der Banken dürfen nicht aus der Haftung entlassen werden. Das sind wir dem Steuerzahler schuldig.

Freier Wettbewerb – das gilt auch im internationalen Bereich. Doch immer wieder müssen wir den Ruf nach Abschottung und Protektionismus hören. Der Kunde möge heimische Ware kaufen, so lautet das Postulat nicht weniger Regierungen. Das jedoch heißt kurzfristigem Denken den Vorrang vor einer langfristigen Strategie einräumen, profitieren doch alle Staaten vom freien Welthandel und Wettbewerb.

Wir in Deutschland verdanken unseren Wohlstand besonders dieser Offenheit, insbesondere auch dem europäischen Binnenmarkt.

Rund jeder zweite Euro wird im Außenhandel verdient. Umso gefährlicher wäre es, wenn nun wieder der unheilvolle Geist des Protektionismus Einzug in die Weltpolitik halten und die Vernunft vertreiben würde. Den Welthandel

gilt es zu stärken – auch indem die Doha-Runde der WTO zum Erfolg geführt wird.

## Stärken im Auge behalten

Sehen wir genauer auf das internationale Tableau, so stellt sich die Frage, welche langfristigen Folgen die jetzige Krise für das Gleichgewicht zwischen Ländern, Wirtschaftszonen und Kontinenten haben mag. Einige glauben schon, einen Machtverlust des sogenannten Westens beklagen zu müssen. Dem will und kann ich nicht folgen. Behalten wir doch auch unsere Stärken im Auge, so den EU-Binnenmarkt, der uns in den größten verflochtenen Wirtschaftsraum der Erde einbettet, und den Euro, der sich als stabiler Anker für Europa erwiesen hat. Und erleben die USA nicht unter ihrem neuen Präsidenten eine gewisse Renaissance an Beliebtheit und weltweiter Anerkennung? Kann der Westen nicht aufgrund seiner demokratischen Traditionen auf eine Stabilität bauen, die eben nicht nur auf ökonomischem Erfolg beruht, sondern auf Werten fußt, die vor der Krise galten und über sie hinaus Bestand haben? Das alles zeigt für mich eine unverminderte Stärke des Westens. Für Wehklagen sehe ich also keinen Grund. Viele Beiträge in den Diskussionen der letzten Monate klingen mir zu sehr nach Oswald Spengler.

Gewiss, die Krise bringt gewaltige Veränderungen mit sich. Zugleich sind wir Zeugen und Gestalter von langfristigen Trends, die durch die Krise nicht aufgehoben werden. Der Aufstieg Asiens gehört dazu; die weltweite demografische Entwicklung, die Erderwärmung sowie die steigende Nachfrage nach knappen Energiequellen sind unter den Themen zu nennen, die vor und nach der Krise gleichermaßen die Agenda der Welt beherrschen.

All diese Trends mag die Krise nun in der einen oder anderen Weise beeinflussen, doch ändert sie nichts grundsätzlich an deren Verlauf. So verfolge ich auch die Dis-

kussion über angebliche Verlierer und Gewinner der Krise mit Verwunderung. Haben die Ereignisse des letzten Jahres nicht gezeigt, dass Entwicklungen in einem Kontinent auch andere Weltteile berühren, wir also, um das bekannte Bild – ja die ewige Metapher – zu nutzen, alle in einem Boot sitzen? Wir erleben eine wahrhaft globalisierte Krise, die niemanden verschont.

Die USA sind in hohem Maß abhängig vom Kapitalimport, China hingegen stellt dieses Kapital zur Verfügung, was wiederum neue Abhängigkeiten schafft. So mancher Tiger bekommt seine Krallen gestutzt. Viele schauen vor Kurzem noch mit reflexionsfreier Bewunderung auf die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas, nun erleben wir mit einiger Sorge, wie unsere Nachbarn besonders mit den Folgen der Krise zu kämpfen haben. Ich sehe also keine Gewinner und Verlierer, sondern eine vernetzte Welt, in der Gewichtsverschiebungen nie klar zulasten oder zugunsten einer Weltgegend verlaufen.

## Deutsche Wege aus der Krise

Die Reformanstrengungen der letzten Jahre in Deutschland sind vielen nicht leichtgefallen, doch sie haben sich gelohnt. Die Regierungsbeteiligung der Unionsparteien hat unserem Land gutgetan.

Reformen wurden angepackt und durchgesetzt. Beispiele sind die Unternehmensteuerreform und die Senkung der Lohnzusatzkosten. Wir haben auch gezeigt, dass wir die Finanzen sanieren können. Erstmals seit Langem war der Gesamthaushalt der öffentlichen Haushalte ausgeglichen. Mehr noch: Die Zahl der Arbeitslosen ist deutlich gesunken.

Im Zuständigkeitsbereich meines Ministeriums ist der sozialverträgliche Ausstieg aus der Subventionierung der Steinkohle beschlossen worden. Im Gegenzug wurden die Mittel für Zukunftstechnologien aufgestockt, die damit erstmals höher liegen als die Subventionen für den Erhalt alter Strukturen.

Das alles sind große Erfolge, die uns Ansporn und Grundlage für die Arbeit der kommenden Legislaturperiode geben. Dabei hat die Politik entscheidende Verbündete, um deren Treue und Hilfe wir uns immer wieder bemühen müssen: die Leistungsträger in unserem Land.

Die Krise wird zuallererst von den Menschen bewältigt, die durch ihren Fleiß, ihre Arbeit, ihre Ideen und ihren Einsatz unser Land voranbringen. Sie wollen wir motivieren und deshalb entlasten. Eine sogenannte Reichensteuer hingegen müsste wie ein mit Rost befalle- nes Stopp-Schild auf alle wirken, die sich anstrengen. Der bekannte Satz, dass sich Leistung lohnen müsse, gilt weiter, ja er muss gerade in der Krise betont werden.

Konkret bedeutet das: CDU und CSU stehen für eine grundlegende Tarifreform, die eine schleichende Steuererhöhung allein aufgrund des Tarifverlaufs (die sogenannte kalte Progression) mildert. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger spürbar entlasten: erstens durch eine Abflachung des „Mittelstandsbauchs“, zweitens durch eine Senkung des Eingangsteuersatzes und schließlich durch eine Verschiebung des Höchststeuersatzes.

Oft ist der Vorwurf zu hören, diese Pläne stünden im Gegensatz zu soliden Staatsfinanzen. Durch ständiges Wiederholen wird diese Behauptung freilich nicht richtiger.

Denn beides – eine Steuerreform und eine Bändigung der Staatsverschuldung – sind zwei Seiten einer Medaille. Nur wenn wir die Leistungsträger stärken, gibt es Wachstum – das ist wiederum die Grundlage für sprudelnde Einkommensquellen und eine Sanierung der öffentlichen Haushalte.

Dieses Ziel bleibt ganz oben auf der Agenda, weil wir unseren Kindern und Enkeln nicht die Rechnung für die Folgen unserer Politik übertragen dürfen. Deshalb müssen wir die Ausgaben, die jetzt zur Krisenbewältigung notwendig sind,

so schnell wie möglich abtragen. Auch deshalb wurde eine Schuldenbremse ins Grundgesetz eingebaut.

Damit ist Deutschland der einzige Staat, der mit Verfassungsrang einen Ausweg aus der Staatsverschuldung vorgibt. Das ist mehr als ein Signal – es ist ein klares Bekenntnis und eine verbindliche Vorgabe, den nachfolgenden Generationen gesunde Finanzen zu hinterlassen.

Solide Haushalte können dabei nur ein Teil der Zukunftsvorsorge sein. Zudem bleibt Deutschland, wenn es seinen Wohlstand erhalten will, in Zukunft auf den Ideen- und Erfinderreichtum unseres Landes angewiesen. „Made in Germany“ steht für Wertarbeit und Spitzentechnologie. Dieses Markenzeichen bleibt eine dauernde Verpflichtung, die wir in täglicher Arbeit erhalten müssen. Schon jetzt nutzen wir die Krise als Chance und stecken Geld in Infrastruktur, die Sanierung von Schulen und Universitäten und legen einen Schwerpunkt auf Forschung und Entwicklung.

### Herzkammer der Volkswirtschaft

Dabei gilt dem Mittelstand ein besonderes Augenmerk. Er bildet so etwas wie die Herzkammer unserer Volkswirtschaft. Ihn werden wir weiter stärken, um so den Gesamtorganismus zu kräftigen.

Jetzt in der Krise drohen freilich kurzfristig Gefahren für den Mittelstand. Wir müssen verhindern, dass durch eine restriktive Kreditvergabe der Banken die Kreditversorgung des Mittelstandes stockt. Hier spielen die staatlichen Förderinstrumente eine wichtige Rolle. Zudem wollen wir die Forschungsförderung für den Mittelstand zur Intensivierung des Technologietransfers weiter steigern.

Die mittelständische Wirtschaft ist besonders von hohen Energiepreisen betroffen. Das ist nur ein Grund von vielen, warum die Energiepolitik zu den wichtigsten Feldern der kommenden Legislaturperiode zählen wird. Ziel muss eine

wirtschaftliche, sichere und klimafreundliche Energieversorgung sein.

Weltweit steigt die Nachfrage nach Energie, zugleich sind die fossilen Ressourcen begrenzt. Also müssen wir unabhängiger von Energieimporten werden, Energie effizienter nutzen und auch den erneuerbaren Energien zum Durchbruch verhelfen.

Bei alledem darf die Krise nicht als Vorwand dienen, beim Kampf gegen den Klimawandel nachzulassen. Sonst kommt uns die Erderwärmung am Ende noch teurer zu stehen. Zudem bieten gerade moderne Umwelttechnologien enorme Chancen für die deutsche Wirtschaft. Diesen Wachstumsmarkt wollen wir nutzen.

Insgesamt braucht Deutschland einen breiten und klimafreundlichen Energiemix. Der Bau neuer, moderner, konventioneller Kraftwerke gehört dazu ebenso wie die Ertüchtigung und der Ausbau der Netze. Zudem bleibt die Kernenergie vorerst als Brückentechnologie unverzichtbar, wobei der Neubau von Kernkraftwerken keine Option darstellt.

Unsere Wirtschaftspolitik muss bei alledem im Auge behalten, dass sie von Voraussetzungen lebt, die sie selbst nicht schaffen kann, so wie es bereits einmal für die freiheitliche Verfassung insgesamt treffend formuliert worden ist.

Wilhelm Röpke hat in diesem Sinn geschrieben: „Selbstdisziplin, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Fairness, Ritterlichkeit, Maßhalten, Gemeinsinn, Achtung vor der Menschenwürde des anderen, feste sittliche Normen – das sind alles Dinge, die die Menschen bereits mitbringen müssen, wenn sie auf den Markt gehen und sich im Wettbewerb miteinander messen.“ Umso wichtiger ist es, dass wir die Werte stärken, auf denen unsere Marktwirtschaft ruht. Ein überzogenes staatliches Eingreifen kann diese Kräfte schwächen. Auch für diese Balance steht die Union in der kommenden Legislaturperiode.